



Illustration Thomas Fuchs

# Über die Täter

Am Dienstag stellen die deutschen Bischöfe eine Studie über Kindesmissbrauch vor. Nur ein Viertel der Fälle wird beleuchtet – doch schon das hat es in sich.

Von Lydia Rosenfelder

Am Dienstag wird die Studie über sexuellen Kindesmissbrauch in der katholischen Kirche vorgestellt. Sie liefert wichtige Erkenntnisse. Zum Beispiel erklärt sie, welches Verhältnis zwischen Tätern und Opfern besonders riskant ist. Etwa dieses: Ein Junge, gerade in der Pubertät, wird von seinen Eltern auf ein katholisches Internat geschickt. Er wird nicht gefragt, er muss sich fügen. Im Internat hat er Heimweh. Ein Erzieher nimmt sich seiner an. Der Erzieher ist selbst einsam und zudem noch unreif. Er wird zudringlicher, der Schüler zieht sich zurück, spürt etwas „Fremdes“ im Verhalten des Mannes. Doch ihm fehlt der Mut, das anzusprechen. Der Erzieher fühlt sich nur noch stärker zu ihm hingezogen, immer wieder bedrängt und nötigt er den Jungen sexuell. Rückblickend schildert der Mann das als Ausdruck eines unkontrollierbaren Impulses. Das Verhältnis schlägt in Gewalt um. Die Autoren der Studie schreiben: Der Erzieher sei in dieser Beziehung, auch für ihn selbst überraschend, mit der ganzen Intensität seiner Gefühlswelt, Erotik und Sexualität konfrontiert worden. Damit er weitermachen kann, setzt er den Jungen unter Druck. Macht ihm Versprechungen, droht Strafen an. Der Junge wird schließlich so stark von ihm misshandelt, dass die Internatsleitung darauf aufmerksam wird. Der Erzieher wird versetzt.

Das Beispiel zeigt, wie wichtig es ist, dass Themen wie Sexualität und Kindesmissbrauch in den Priesterseminaren behandelt werden. Lange wurde das ausgeblendet. Und so zog der Zölibat gerade solche Männer an, die ihre eigene Sexualität verdrängen. Die Forscher um Harald Dreßing vom Zentralinstitut für Seelische Gesundheit in Mannheim führten Interviews mit Tätern, aber auch mit Geistlichen, die keine Kinder missbraucht hatten. Die Nicht-Täter nannten den Zölibat eine „Prüfung“, ein „notwendiges Übel“. Mehr als die Hälfte von ihnen war sogar dafür, ihn zu lockern, man solle sich frei entscheiden dürfen. Die Täter hingegen sahen darin kein Problem, begrüßten den Zölibat sogar. In ihren Antworten ist erkennbar, dass sie sich bis heute mit ihrer Sexualität nicht auseinandergesetzt haben. Eine verdrängte Sexualität aber erhöht das Risiko, Kinder zu missbrauchen. Der überwiegende Teil der Täter war homosexuell, was in der katholischen Kirche immer noch ein Tabu ist. Bei den Priestern, die keine Kinder missbraucht hatten, war der Anteil Homosexueller viel geringer. Homosexualität sei zwar kein Risikofaktor für sexuellen Missbrauch, schreiben die Wis-

senschaftler. Aber die Kirche müsse ihre Sexualmoral und ihre ablehnende Haltung zur Weihe homosexueller Männer „dringend überdenken“.

Als die Wissenschaftler vor vier Jahren ihre Fragebögen an die Bistümer verschickten, stellten sie fest, dass noch immer nicht alle Geistlichen in den Diözesen entsprechend geschult waren. In den meisten Diözesen werden Sexualpädagogik und sexueller Missbrauch zwar während der Priesterausbildung behandelt. Aber meist nur am Rande. In vier Diözesen handelt man das an einem Tag ab. In neun Diözesen sind sie nach zwei Tagen damit durch. In einer Diözese gibt es immerhin ein Blockseminar von 47 Stunden. Alle anderen Diözesen beantworteten diese Frage nicht einmal. „Knapp bemessen“, meinen die Forscher. Man könnte auch sagen: Es ist unmöglich, sich in so kurzer Zeit auf so eine große Herausforderung vorzubereiten, ein Leben in Enthaltsamkeit.

Wie viel eine Diözese tut, um Kinder vor Missbrauch zu schützen, ist eine Frage des politischen Willens. Nur acht Diözesen machen Auffrischungskurse für Präventionschulungen. Vorbeugung sehen einige Diözesen nicht als eine fortwährende Verpflichtung an, sondern als einmalige Sache. Alle Diözesen haben inzwischen Präventionsbeauftragte, auch die wurden befragt. Sie sagen, dass sich die Kirche nur widerwillig mit dem Thema Missbrauch beschäftigt.

Das Problem an der Studie ist, dass sie keine Auskunft darüber geben darf, welche Diözesen es gut machen und welche nicht. Im Text steht nur, die Vorgehensweise in den 27 Diözesen in Deutschland sei sehr verschieden. Die Wissenschaftler hatten keinen direkten Zugriff auf die Unterlagen der Diözesen. Sie waren angewiesen auf die Zusammenarbeit der Bistumsmitarbeiter. Das kann auch dazu führen, dass diejenigen Bistümer, die besonders engagiert geforscht hatten, in der Bilanz am schlechtesten dastehen. Weil sie am meisten herausgefunden haben, statt es zu vertuschen und die Akten zu vernichten. In der Studie heißt es: „Das Ausmaß und die Intensität der Kooperation ... variierten allerdings zwischen den Diözesen erheblich.“ Auch bei den Entschädigungen

für die Betroffenen ist das so. Manche zahlten diese fast schon automatisch. Andere waren weniger freigiebig. In einer Diözese erhielten nur sieben Prozent der Antragsteller eine Entschädigung.

In diesem Zusammenhang fanden die Forscher unvermutet einen Hinweis auf das tatsächliche Ausmaß des Kindesmissbrauchs. Die Zahl der Anträge auf Entschädigung ist nämlich viel höher als die Zahl der Missbrauchsfälle, die die Bistümer den Wissenschaftlern gemeldet haben. In den Archiven der Bistümer fanden sich Hinweise auf 1670 Geistliche, die in den vergangenen sieben Jahrzehnten 3677 Kinder und Jugendliche missbraucht hatten. Aber längst nicht alle Täter wurden gemeldet und dann auch schriftlich vermerkt. Als die Wissenschaftler die Anträge der Betroffenen mit den Missbrauchsfällen aus den Kirchenarchiven verglichen, stellten sie fest, dass sich nur die Hälfte davon in den Archiven wiederfand. In den Personalakten sogar nur ein Viertel. Das bedeute für die Studie, so die Verfasser, „dass sich nur weniger als ein Viertel aller tatsächlichen Fälle sexuellen Missbrauchs mit dieser Methode finden ließen und drei Viertel der Fälle im Dunkel blieben“.

Der erste Anlauf zu dieser Studie scheiterte. Der Kriminologe Christian Pfeiffer arbeitete daran. Er berichtet, dass er damals einen Anruf bekam. Ein Bischof war dran, Pfeiffer kannte ihn nicht. Der Bischof war schon im Ruhestand. Er sagte, er müsse etwas loswerden, von einer Pfarrei in die nächste. Pfeiffer hatte die Studie vor fünf Jahren noch ganz anders angelegt. Damals sollten nicht Bistumsmitarbeiter die Archive durchkämmen, sondern ehemalige Staats-

anwälte und Richter. Das habe den Bischöfen von München und Regensburg nicht gepasst, sagt Pfeiffer. Kardinal Marx und Kardinal Müller machten ihm daraufhin ein Vertragsangebot, das er nicht annehmen konnte: Sie wollten sich das Recht vorbehalten, Texte der Studie zu verbieten. Pfeiffer ließ sich darauf nicht ein, die Sache platzte. Er sieht es so: Die Bischöfe hätten zu spät begriffen, dass diese Studie Transparenz hätte schaffen können – sie wollten das nicht.

In der Tat ist es bisher in Deutschland üblich, dass die Kirche sich selbst untersucht. Und damit die Kontrolle behält. In München war das so, als Kardinal Marx ließ Mitarbeiter des Ordinariats die Akten untersuchen und beauftragte eine renommierte Rechtsanwaltskanzlei, das Material auszuwerten. Der Bericht wird seither geheim gehalten, nur eine Kurzfassung ist veröffentlicht. Aus dieser geht nicht hervor, in welcher Weise Ratzinger, der spätere Papst, verwickelt war. Viele Akten aus der Zeit sind vernichtet worden.

Die Präventionsbeauftragten machen in der neuen Studie Vorschläge für eine „Kultur des achtsamen Miteinanders“. Geistliche und Laien sollten auf Augenhöhe sein. Bischöfe und Priester sollten sich nicht länger abschotten. Bei Grenzverletzungen sollte es klare Regeln geben. Nicht die hierarchische Ordnung solle das Miteinander bestimmen, sondern der respektvolle Umgang miteinander. Doch das ändert sich nur langsam. Die Präventionsbeauftragten können das allein nicht schaffen. Die Bistumsleitung muss das schon mitmachen. Aber viele wollen nicht.

Doch es gibt auch Lichtblicke. Bischof Bode in Osnabrück zum Beispiel hatte schon im Jahr 2000 einen Bußgottesdienst wegen der Missbrauchsfälle in seinem Bistum abgehalten. Zehn Jahre später wiederholte er das, als einziger deutscher Bischof, anlässlich der vielen Berichte über sexuellen Kindesmiss-

brauch. „Was hier an Menschen, an jungen und jüngsten Menschen durch Personen der Kirche getan worden ist, muss vor Gott ausgesprochen werden, denn nur unter seinen Augen, unter seinem Blick, in seiner Gegenwart werden wir richtig erkennen, was in unserer Kirche geschehen ist“, sagte er in seiner Predigt. Er bat die Opfer um Vergebung und versprach, „die Hilfen der Begleitung, der Aufarbeitung, der konkreten Hilfe für sie und mit ihnen ganz auszuschöpfen“. Auch der neue Hildesheimer Bischof Wilmer sprach in seinem Weihgottesdienst vor drei Wochen über sexualisierte Gewalt und Machtmissbrauch in der Kirche: „Diesem Thema werde ich mich von Anfang an mit aller Kraft widmen.“

In der kommenden Woche wollen einige Bischöfe selbst Pressekonferenzen abhalten und über die Ergebnisse aus ihren Bistümern berichten. Bischof Fürst im Bistum Rottenburg-Stuttgart hatte sogar schon, nachdem erste Ergebnisse der Studie vorab bekannt geworden waren, offenbart, was bei den Untersuchungen in seinem Bistum herausgekommen war. Welche Bischöfe werden das in den kommenden Wochen ebenso tun? Weil die Studie keine Aussagen über die einzelnen Bistümer machen darf, haben nur die Bistumsleitungen diese Informationen. Anders als bei den staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen in Australien oder Amerika, wo Diözesen und Täter benannt wurden. In Deutschland bleibt alles anonym.

Die Missbrauchsstudie zeigt, wie unterschiedlich die Diözesen mit den Tätern umgingen: In zwanzig von ihnen musste jeder Fall bei der Staatsanwaltschaft angezeigt werden. In den restlichen sieben Diözesen war das nicht verpflichtend. In achtzehn Diözesen wurden kirchenrechtliche Verfahren gegen die Täter eingeleitet. In acht Diözesen geschah das oft nicht. Eine Diözese hat diese Frage nicht mal beantwortet. Neun Diözesen meldeten Missbrauchsfälle nicht nach Rom, obwohl sie das eigentlich tun müssen. Ein weiteres Problem ist, dass die Anlaufstellen für Missbrauchsoffer oft mit Leuten besetzt sind, die auch in anderen Geschäftsbereichen der Diözesen oder Generalvikariate

tätig sind. Sie haben manchmal sogar herausgehobene Funktionen inne. Damit verstoßen sie gegen die Leitlinien für den Umgang mit Kindesmissbrauch. Denn so gibt es Interessenkonflikte, und die Betroffenen werden abgeschreckt.

Wie gehen die Bischöfe und die Priester in den Gottesdiensten damit um? Im Bistum Essen wurde für den vergangenen Sonntag eine Fürbittenempfehlung verschickt. Die Gemeinden sollten beten für „Kinder, Jugendliche und alle, denen in der Gemeinschaft der Kirche großes Leid zugefügt wurde, die sexuell missbraucht und an Leib und Seele verletzt wurden“. Erwähnt werden in der Fürbitte aber auch jene, die „nicht sehen wollten, welch schreckliches Leid in unserer Kirche geschah“, und alle, „die vor Ort aus unterschiedlichsten Gründen geschwiegen und nicht achtsam genug reagiert haben“. Der Text endet mit der Bitte an Jesus: „Wecke du die Bereitschaft zu schonungsloser Aufklärung und mutigen Reformen, damit sich in unserer Kirche niemand mehr fürchten muss.“

Das Bistum Trier verschickt seit vielen Jahren Fürbittenempfehlungen per Email. 2500 Leute haben sie abonniert, auch über die Grenzen des Bistums hinaus. Regelmäßig kommen darin die Opfer sexuellen Missbrauchs vor. Ein Beispiel aus dem August: „Beten wir für alle, die als Kinder und Jugendliche sexuell missbraucht worden sind – ausgerechnet von Männern der Kirche. Für alle Männer und Frauen, die sich für die Aufarbeitung dieser Straftaten einsetzen; und für die, die den Opfern seelsorglich zur Seite stehen.“ Die Kirchenmitarbeiter, welche die Fürbitten verfassen, tauschen sich darüber mit den Kollegen in der Beratungsstelle für Missbrauchsoffer aus. Diese haben ihnen zum Beispiel erklärt, dass keinesfalls Täter und Betroffene in einer Fürbitte genannt werden sollten, eigentlich auch nicht im gleichen Gottesdienst. Das sei verletzend für die Betroffenen.

Auch das Erzbistum Berlin hat gemeinsam mit dem Bistum Magdeburg vor einer Woche eine Empfehlung für eine solche Fürbitte an die Gemeinden verschickt. In vielen anderen Bistümern hingegen können sich die Mitarbeiter nicht erinnern, eine Fürbitte für Missbrauchsoffer gehört zu haben. In Erfurt heißt es, dass es wohl im Jahr 2010 solche Fürbitten gegeben habe. Ähnlich war es in den Bistümern Limburg, Köln, Eichstätt, Passau, Münster, Paderborn, Fulda, Görlitz und Regensburg. Fürbittenempfehlungen gab es dort nicht.

Mitarbeit: Christoph Strauch